

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1047. Gegründet von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postfachkonto: Einzugs 106008. Hermann Göbde

Schriftleitung: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1045. Spredzeit: Nur wettags von 12 bis 1 Uhr mittags.



Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Er erscheint jeden Dienstag nachmittags. Einzelnen für mehr als 90 Pf. erbeten, größere tags vorher. Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreifachgetakelten Textzeilen

Der Generalstreik in Württemberg

Die Arbeiterschaft zu Verhandlungen bereit. — Die Regierung treibt ein Doppelspiel.

Nach einer mit aus Berlin ausgegangenen eigenen Drahtmeldung tritt die Württembergische Arbeiterschaft in der Person des Generalsekretärs in Württemberg nicht um den Streik nach wie vor, sondern die Arbeiterschaft vielmehr unter dem Banner der Verhältnisse anerkennen, sondern gegen die gegenwärtigen Maßnahmen der Regierung gegen die Arbeiter, die in einer militärischen Besetzung der Betriebe befinden. Die Betriebsrats-Vollversammlung fordert die Regierung auf, ob sie in Gemeinschaft mit Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber über die Jurisdiktion der Truppen, die Arbeiterbetriebe über Arbeitnehmer und die Zahlung aller Gehaltsrückstände in Verhandlung treten will. Es geht zu erwarten, daß auch diese Forderungen als gesamtgesellschaftlich-organisational am Ausgang beteiligt. Die Stuttgarter Betriebsratsführer und ein Teil der Stuttgarter Werkstättenarbeiter haben sich bereits gestern dem Streik angeschlossen. Die Regierung treibt ein Doppelspiel: Sie weiß genau, daß der Kampf in erster Linie um die Wiedererlangung der entlassenen Arbeiter geht und versucht nach wie vor, einseitig die Interessen der Unternehmer zu vertreten.

Da dem württembergischen Industriegebiet die vollständige Arbeit, technische Rückfälle ist hier und da eingeleitet, kann aber nicht ausdrücklich. Was übrigens die Regierung die Steuern der Reichsbesitzer, nach voraus herauf, daß die Firma Daimler der Stadtgemeinde Stuttgart fast 1/3 Jahren 10 Millionen Gemeindefiskalieren schuldet.

Die Scheinsozialisten und die ausnahmsweise-gesetzliche Steuerermäßigung.

Der Vorwärts versucht in Verbindung mit dem Steuerfrei in Stuttgart erneut, die Arbeiter moralisch zu fassen und sie zu willigen Steuererleichterung zu mahnen. Zuvor muß er die Tatsache unabweisbar eingestehen, daß die von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Kapital- und Vermögenssteuern, die er außerordentlich schwer zu ertragen, wenn nicht erlösen werden. Da er eines fast sogar die große Mehrheit hat, daß die schweren und mehrprozentigen Abgaben tatsächlich denjenigen am schwersten treffen, der von seiner großen Arbeit leben und seine Familie ernähren muß. Aber die deutsche Republik habe mehrere Monate einträglich die neuen Steuern nicht erheben können, weil die Vorbereitungen gesehäftlicher und verwaltungsgerichtlicher Art noch nicht vollständig waren. Endlich müsse nun doch einmal die Forderung gemacht werden, da nun einmal die Verhältnisse noch nicht eingetreten seien, müßten eben die Arbeiter herhalten. Der Vorwärts läßt seinen Lesern u. a. folgendes auf:

Außer den vollständigen Vermögenswerten oder sollte eine einzige wirtschaffliche für auch können überzeugen, daß die neue Reichs Einkommensteuer und die Form ihrer Eingehung zwar eine ungeheure ist, daß sie aber doch das Nützlichste ist. Denn es liegt auf der Hand, daß die hohen Steuerbeträge, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten abgezogen werden, im Laufe der Zeit doch wieder in Form von Abfertigungen in irgendeiner Weise ersetzt werden und damit in die Reichskasse einfließen werden. So betrachtet, stellen sich die Lohnabzüge für Steuerabgabe lediglich als der Lohn, auf dem die Steuer an der Quelle der Produktion erhebt wird. Keine geschäftlichen Ruffe können diese Steuerbeträge dem Reichs vorerhalten. Durch sie wird die Produktion speziell in außerordentlich erhellendem Umfange herangezogen, aber das ist nicht die Schuld der Steuererhebenden Republik, sondern die allgemeine und faum erträgliche Last, die der glänzende Weltkrieg durch den Frieden von Versailles uns hinterlassen hat.

Der Vorwärts hat recht. Diese Steuerbeträge können durch eine geschäftliche Ruffe unterhalten werden, während andererseits die Steuerpolitik des nordenlichen Reichs fast als absolut möglich erwiesen hat, den Reichs in der ihm schwebenden Weise die Steuerleistung heranzuziehen. Wenn der Vorwärts die Tatsache mittelt, daß bei den Arbeitern der Anfang mit der Steuererleichterung gemacht und den Besitzenden nach wie vor die Steuerlast übergereicht als Privilegium vorbehalten wird, so verfehlt er die Wahrheit, daß es die Schuld der Reichssozialisten ist, daß es so kam. Aus diesem Grunde erachtet es der Vorwärts auch als selbstverständlich, diese Steuererleichterung als Ausnahme für Arbeiter zu verteidigen. Die Arbeiter selbst aber werden durch die famose Lohnabgabe der vorerhaltenen Vermögenswerten während nicht davon überzeugt werden, daß sie zum Schutze des arbeitgeberischen Vermögens die Steuerlast auf sich zu nehmen haben.

Russische Offensive?

Berlin, 31. August. Nach übereinstimmenden Meldungen ist die russische Offensive endgültig zum Stillstand gekommen. Aus der Gegend West Ostrow und nördlich der galizischen Grenze können Nachrichten von einer neuen russischen Offensive, die von der Moskauer Regierung am 30. August offiziell angekündigt wurde. Nach einer Meldung des Watin hat die bolschewistische Delegation in London erklärt, daß sie auf die eine russische Offensive nicht eingehen werde, daß die bolschewistischen Meldungen über die Bereitschaft der russischen Armee fast übertrieben seien.

Die russische Armee sei jetzt umarmt worden und werde in den nächsten Tagen die Gegenoffensive aufnehmen können. — Nach finnischen Meldungen ist der Hauptteil der Petersburger Garnison nach der bolschewistischen Front abgezogen. Die bisher an der finnischen Grenze stehenden russischen Verbände sind ebenfalls in Anwesenheit. — In der R. W. wird die Frage behandelt, ob die Russen nach den großen Verlusten an Menschen und Material noch anzuhalten können. Die Bestimmung sollte sich so herausstellen, daß ein Umfassung zugunsten der Russen in nächster Zeit kaum zu erwarten ist.

Die Ablehnung der Friedensbedingungen. Politische Gründe.

Kopenhagen, 30. August. Nach einem Telegramm aus Warschau vom 30. August heißt es in einer Note des polnischen Ministeriums des Äußeren, die polnische Friedensdelegation hat am 27. August die russischen Friedensbedingungen abgelehnt, weil sie gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und gegen die vom Ausland bereits anerkannte Souveränität Polens streben und eine Einmischung in die innere Politik Polens darstellen. (?)

2000 deutsche Lokomotiven für Rußland.

Kopenhagen, 30. August. Der russische Kommissar Prof. Komoloff, der auf der Dürckreise von Berlin nach Stockholm in Kopenhagen weilte, erklärte, er habe in Deutschland einen Kontrakt über Lieferung von 2000 Lokomotiven unterzeichnet, deren Wert auf ungefähr 5 Milliarden Rubel angegeben wird. 1000 Lokomotiven sollen in kürzester Zeit, der Welt dreizehnter Jahre sofort geliefert werden.

Die Sühne für Breslau.

Frankreichs Forderungen: 50 Millionen Franken!

Die Berliner Blätter aus Paris melden, soll die Sühne für die Verdrängung des französischen Konsulats in Breslau 50 Millionen Franken betragen.

Paris, 30. August. Französische Blätter zufolge wird Mitterand darauf bestehen, daß Deutschland in finanzieller Form Entschädigung wegen der Breslauer Ereignisse vorbringe und nicht nur den Opfern der Unruhen volle Entschädigung leiste, sondern auch die Bestrafung der Schuldigen mit aller Strenge vornehme. Die Entschädigung, die Herr v. Noltenberg und der gegenwärtige deutsche Gesandte Herr v. Wolff vorgeschlagen hätten, hiefür als ungenügend betrachtet werden. Frankreich sei stark genug, um eventuell militärische Ordnung zu schaffen.

Da haben wir wiederum die Folgen der allseitigen Dummheit. Es ist immer die gleiche. Die Dummheit, die sich bei der alldeutsch-antimilitärischen Anhang befinden in ihrem dummistischen Glauben, daß die Welt zu müssen Ausrichtungen auf, und das deutsche Volk hat dann die Kosten für diesen verdrängten Wahnsinn zu zahlen. So war es bei der „Selbstentlastung“ von Stapa-Pol, bei der Verdrängung der deutschen Flotte und in vielen anderen Fällen, und so ist es jetzt wieder nach den Wölselassen in Breslau und in Ober-Schlesien. Die gleichen Elemente, die das deutsche Volk wesentlich in das unangehörige Selbstverdrängen geführt haben, setzen am heftigsten über den Schaden der von Versailles, verhängen sich aber, durch ihre wahnwitzigen Verleumdungen, immer mehr. Es ist in der Tat allerhöchste Zeit, daß das Volk gegen diese Verdrängungsgesellschaft mit aller Entschiedenheit Front macht!

In einem Artikel in der Welt am Montag berichtet Herr v. Wera, daß die Wirren in West und Ostschlesien. Er knüpft an eine Meldung der Freiheit an, in der geschrieben wird, wie ein Offizier einen Besuch in unserem Breslauer Parteibureau machte, um kumme Fragen über eine deutsche Note zu stellen und dann fortzugehen, um gleichzeitig ein Dokument zu lauschen und einen Stempel Note Kamee Deutschlands zu bestellen. Dazu schreibt v. Wera:

Die tabulose Arbeiterschaft kann nicht bringend genug vor Zeiten gewahrt werden, die mit bolschewistischen Methoden gegen Polen und Franzosen zu machen beabsichtigen. Der Nationalsozialismus geht nicht wider an. Die Bolschewisten haben die Verantwortung für gewisse Arbeiterkrisen. Sie werden mit antisozialistischen Methoden an sich, um eine nationalpolitische Stimmung zu erzeugen. Nieder mit den Polen! Nieder mit den Franzosen! Nieder mit den Juden zu den Feind!

Das die Freiheit! Doch der Militarismus! Doch die Dummheit! Die Bolschewisten! Das ist nicht bloß ein Dummkopf, er vertritt auch die Interessen seines Volkes. Die Bolschewisten in Breslau sind deshalb so unendlich behauerlich, weil sie aber, durch ihre wahnwitzigen Verleumdungen, immer mehr. Es ist in der Tat allerhöchste Zeit, daß das Volk gegen diese Verdrängungsgesellschaft mit aller Entschiedenheit Front macht!

Der den Polenfeindern ist kein Gern, geht ist nicht bloß ein Dummkopf, er vertritt auch die Interessen seines Volkes. Die Bolschewisten in Breslau sind deshalb so unendlich behauerlich, weil sie aber, durch ihre wahnwitzigen Verleumdungen, immer mehr. Es ist in der Tat allerhöchste Zeit, daß das Volk gegen diese Verdrängungsgesellschaft mit aller Entschiedenheit Front macht!

Polnischen Sozialistischen Parte: vom 21. August lesen. Er wird denn begriffen, wie der Wort an Friede gewirkt haben muß. Die öffentliche Meinung der Welt vor den Völkern wegen ihres Streites gegen Rußland nicht gerade hoch. Wir konnten deshalb hoffen, daß die den deutsch-polnischen Konflikt in Ober-Schlesien selbst gegeneinander würde. Aber was nicht schon durch die Haltung gewisser deutscher Kreise in Ober-Schlesien selbst verderben worden war, das ist jetzt sicher durch Breslau verderben worden. Die Welt sagt sich, wenn die deutschen Schleier schon in dem nehmigsten Klima Westens den Tropenfall trügen und so endlich nach rechts und links um sich schlagen, wie mögen sie da erst in dem heißen Klima Ober-Schlesiens den Kopf verloren haben.

Für und wider Moskau.

Die Probleme des Anschlusses.

Von Rudolf Silberding.

Mit Westfalen werden viele Genossen den Artikel des Gen. Däumig angenommen haben. Denn er ist nur allzu sehr geeignet, die Aufmerksamkeit von den entscheidenden Problemen abzuwenden und das in einer Frage, bei der es sich um nichts weniger als um Sein oder Nichtsein in der Unabhängigen Sozialdemokratie, das heißt, der größten und härtesten sozialrevolutionären Partei der Welt handelt. Denn nicht um einen Fall Kautilj handelt es sich, wie man nach der Lektüre des Artikels annehmen möchte. Denn selbst wenn Kautilj seine bestimmte Absicht, Deutschland zu verlassen und nach Wien zu überziehen, nicht ausführen würde, so unterliegt es doch gar keinem Zweifel, daß die Entschädigung für den Anschluß an die 3. Internationale unter diesen Bedingungen zugleich bedeutete, daß Kautilj nicht mehr Mitglied der Partei bliebe.

Es ist aber sehr irreführend, daß Däumig nur Kautilj nennt. Er möchte ja bei der Abfassung des Artikels sehr wohl, daß die Dinge ganz anders stehen. Ist doch in den Verhandlungen von Moskau gar kein Zweifel gelassen worden, daß es sich nicht nur um Kautilj handelt, nicht nur um Silberding und die anderen Dekabrate der Freiheit und der Leipziger Völkerverein, sondern ebenso um Vedebour und Genf. um den „Amerikaner-Internationalen“ Digmann und andere Generalsekretäre.

Aber nicht genug damit. Genosse Däumig weiß doch genau, daß es sich nicht bloß um die genannten Personen handelt; alle die mit den von vielen Genossen betretenen Anschuldigungen einstimmen, können in der „geringsten“ Partei keine Aufnahme finden.

Und wieder nicht genug damit! Gen. Däumig scheint die allgemeine Entscheidung vergessen zu haben, daß alle Parteitagtsdelegierten, die es wagen, gegen die Annahme der von den Unabhängigen Sozialdemokraten aufgestellten Bedingungen zu stimmen, dem Ausschluß verfallen. Und wieder ist es, daß die Moskauer selbstverständlich, daß auch jene Mitglieder schafften, die sich mit der Haltung dieser Delegierten einverstanden erklären, in der „geringsten“ Partei keinen Platz mehr finden.

Was alles weiß Gen. Däumig, Gen. Däumig hat sich verpflichtet, für die erste Annahme oder Bedingungen einzutreten. Hat sich jene revolutionäre Energie seit dem Verlassen Moskaus so reichlich veräußert oder wollte er die Partei, indem er nur von Kautilj sprach, nur scheinbar vorbereiten auf, das, was er noch beabsichtigt?

Die Bestimmungen über den Ausschluß der Parteitagtsdelegierten ist deshalb so ungeschicklich, weil sie den von den Parteimitgliedern freigelegten Vertrauensmännern die Freiheit der Entscheidung raubt und sie von dem Bereich dem härtesten Druck, der schärfsten Verurteilung aussetzt. Es ist für einen Parteigenossen geben kann. Wer weiß, wie gerade unter den besten und tüchtigsten Genossen die Partei ist, an deren Größe sie selbständig mitarbeiten, die ihnen Lebensinhalt geworden, deren Erfolg ihr Stolz und Genugtuung ist, der wird die unangenehme Grausamkeit einer solchen Bestimmung würdigen und bitter die Verteidigung selbst dieser Bestimmung durch den Vorwärtigen der Partei empfinden! War es doch bisher unser Stolz und unsere Ehre, daß die Partei sich durch die Vertreter der Masse der Parteigenossen in freier und unbefangener Selbstbestimmung ihre Organe gab, die ihre leitenden Arbeiterkreise dem anhängen. Jetzt wird über Willkür und Delegierte der Terror verhängt und dem Parteitag gerade in der Lebensfrage der Partei die Freiheit der Entscheidung geraubt!

Und Däumig knirscht ein Fall Kautilj! Du mußt denn doch gefast werden, daß das eine völlige Irreführung bedeutet. Nein, es handelt sich nicht um Kautilj und nicht um Vedebour oder Digmann. Es handelt sich nicht um Personen. Wenn die Sache des Sozialismus es wirklich erfordert, so ist unvollständig für manchen Genossen der Gedanke wäre, er solle an dem Werte, dem er seine ganze Kraft, sein Herz und sein Blut gegeben hat, nicht mehr mitwirken dürfen, er möchte sich abwenden und er könnte es vielleicht noch, wenn es die freie und unbefangene Entscheidung seiner Partei möge und nicht ein Diktat von anderen.

Aber all das ist nicht die Hauptsache. In Wirklichkeit handelt es sich um schwere, sachliche Probleme, um das Wesen einer Partei, um unvollständige für manchen Genossen der Partei und die Selbstbestimmung ihrer Entscheidung. Und deshalb muß man in freier Diskussion und nicht in der Todesfrage der Ausschließung der Partei



Meine Bearbeitungen, ihre Bedeutung im hellen Licht setzen und ohne Rücksicht auf die Folgen nach seiner Überzeugung urteilen. Der Kampf um die Organisationsform ist in den Anfängen des deutschen Sozialismus ausgegrienen worden. Die übergeordnete Bestimmung des Sozialismus ist die Errichtung eines deutschen Arbeitervereins ein Instrument der Diktatur zu schaffen. Eine „eiserner Disziplin“ sollte die Mitglieder zu einer stets kampfbereiten, der Führung stets gehorchenden Kampfgemeinschaft bereiten. Die mangelnde Schulung der eben erst ins politische Leben eintretenden Arbeitermassen, denen sozialistische Lehre, politische und gewerkschaftliche Schulung neu waren, liefen dem übertragenden Führer diese Lösung der Organisationsfrage natürlich erscheinen.

Er erhob sich gegen ihn und seine Nachfolger, unter dem Einfluß von Marx und Engels, Liebknecht und Bebel. Und es ist eine der Größten, die er selbst, diesen Kampf um die Organisationsform in der Organisationsform, um das soziale Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in der Partei zu gewinnen und ohne Rücksicht auf die Gefahr zu gehen. Und sein langes Leben lang hat der große Führer an diesen Grundsätzen festgehalten.

Es war die entscheidende Tat. Denn erst sie ermöglichte die Überwindung des Sektendarikers, der den Passagieren nach anbot. Sie bewirkte, daß zum erstenmal nach dem Verfall der Charisthenbewegung eine sozialistische Bewegung als politische und soziale Massenbewegung entstand. Der Selbstbewußtsein der Organisationen und vor allem der Parteimitglieder, die jenes rege geistige Leben, das die Massen erregte. Der Sozialismus, die Politik der Arbeiterklasse, blieb das Geheimnis der Elite von Führern. In dem die Partei selbst zu allen Problemen Stellung nehmen mußten, indem die Entscheidung in letzter Linie bei ihnen lag, mußten sie selbst sich sozialistische Schulung aneignen, wurden sie selbst interessiert und erlangten allmählich jene politische Reife und Selbstbewußtsein, die eine Leitung von oben nie geben kann.

Jetzt soll das anders werden. An Stelle der freien Selbstbestimmung der sozialistisch geschilderten Massen soll jene eiserne, militärische Disziplin treten, die die Moskauer verlangen und die Genosse Dünmigkeit akzeptiert. Die Presse und die Verlage verlieren ihre Selbständigkeit. Was gedruckt werden darf, worüber diskutiert werden darf, darüber bestimmt die zentrale Leitung. Und diese Zeitung, einmal eingekerkert, ist praktisch unerschütterlich. Die Presse sorgen die vorgegebenen, stets wiederkehrenden „Wort an die Genossen“ der Partei. Man weiß aus der neueren russischen Praxis, was das bedeutet. In der Partei Aufstellungen unterliegen einer strengen Zensur ihrer „Zurechnung“. Von Zeit zu Zeit revidiert ein von den leitenden Personen bestimmter Genosse die Zurechnung von neuem. Es liegt in der Natur dieses Systems, daß gerade die oppositionellen, die geistig selbständigen Elemente für unzulänglich befunden und ausgeschieden werden.

Aber, so merkwürdig es klingt, die Masse der Parteigenossen wird gar nicht wissen, wer in Wirklichkeit die Leitung bildet. Die Bedingungen legen der Partei die Verpflichtung auf, neben der legalen eine illegale Organisation zu bilden. Die illegalen Leiter bleiben der Masse unbekannt; wieder aber ist es Bedingung, daß die legale, bekannte Leitung der illegalen, unbekannt untergeordnet ist. Damit vertritt die Partei die gleiche Lage, wie die Moskauer, die ein solches System und mühen einer konspirativen Arbeiterschaft geworden ist.

Dieser Leitung sind aber ebenso unbekannt alle anderen Arbeitsstellen und Organisationsformen unterworfen: Parlamentarische, Gewerkschaften, Konsumvereine und Mäzörorganisationen empfangen von ihr ihre empfindlichen Weisungen. Nimmt man noch hinzu die Unterwerfung der Presse und aller Druckvertriebe unter die zentrale Kontrolle, so ergeben sich die Folgen von selbst: das selbständige geistige Leben innerhalb der Partei, jede Meinungsfreiheit ist vernichtet, die Masse der Parteimitglieder verliert sehr rasch jeden bestimmenden Einfluß auf die entscheidenden Beschlüsse, sie wird zu einem Objekt der Leitung. Weil die Mitglieder nicht mehr selbst entscheiden, werden sie auch bald der Ansehens der Partei. Man weiß, wo mit der Verantwortlichkeit der kommunistischen Partei als der herrschenden Klasse Vorteile verbunden ist, leidet darunter weitestgehend nicht die Zahl der Mitglieder; in Deutschland wird sich die Anziehungskraft auf die Massen rasch vermindern. Aus der Massenpartei wird eine sehr bald eine — Seite.

Man kann zur Not eine solche Organisationsform aus den russischen Verhältnissen noch begreifen; auf der einen Seite ein zum größten Teil erst in den politischen Kampf eintretendes, noch ungebildetes Proletariat, auf der anderen Seite eine kleine, härtere Führerpersonlichkeiten und dazu die Abhängigkeit dieses Proletariats sowohl für die Arbeitstätigkeit als für den Armeebienst geeignet zu machen.

Aber in Westeuropa ist diese „eisernen militärischen Disziplin“, diese Organisationsform, die die Masse der Mitglieder dem Staat der Leitung befehligenlos unterwerft, eine Unmöglichkeit. Die Arbeitermassen, die unter der sozialistischen Führung stehen, müssen nicht gefügig; in kürzester Zeit wäre eine solche Organisation, sei es durch die Rebellion, oder durch die Selbstbestimmtheit der Mitglieder, vernichtet. Die Überwindung dieser russischen Formen wäre einfach ein Totschlag. Die Bestimmungen über die Organisation allein machen die Moskauer Bestimmungen unannehmbar.

Levy's Bericht aus Moskau.

Die kommunistische Partei Berlins hielt am Sonntag in Pichus auch eine fast beherrschende Versammlung ab, um ihrem Vertreter auf dem Moskauer Kongress der 3. Internationale, Dr. Paul Levy, Gelegenheit zu geben, vor einem größeren Forum weisend für den Anschluß an die 3. Internationale zu wirken. Wie wir dem Bericht eines Bürgerlichen Korrespondenten entnehmen können, dürfte es sich bei dem Bericht um die Moskauer Parteimitglieder handeln, die in der linken Flügel der KPD, nicht durch ein Entschieden der Partei, sondern durch die nichtsozialistische Sozialisten im Parlament und den Gewerkschaften aufzunehmen und die Presse Informierung der Parteigenossen und die Zentralisierung der Parteileitung der Kommunisten damit, daß der bevorstehende Kampf um die Fortführung der deutschen und der Weltrevolution eine Kampforganisation notwendig macht. Der dritte Teil der Rede des linken Flügel der KPD, nicht durch ein Entschieden der Partei, sondern durch die nichtsozialistische Sozialisten im Parlament und den Gewerkschaften aufzunehmen und die Presse Informierung der Parteigenossen und die Zentralisierung der Parteileitung der Kommunisten damit, daß der bevorstehende Kampf um die Fortführung der deutschen und der Weltrevolution eine Kampforganisation notwendig macht.

Sehr interessant waren die Ausführungen eines Nebenredners, der die KPD, der nach einem Bericht der Freiheit, in der Diskussion u. a. erklärte: Die Vertreter der KPD in Moskau, die Levy und Mühlstein, seien von Beginn der Tagung an das intensive von Nadel beurteilt worden. Nadel erklärte, daß in Deutschland der Parteitag der KPD, stattgefunden habe und daß nach seinen Informationen die beiden Delegierten sich dem Exekutivkomitee hätten stellen. Levy und Mühlstein hätten sich geweigert, das zu tun und sich nur dem Kongress beugen. Nadel erklärte ihnen, sie hätten sich dem Kongress beugen, wenn die KPD national vollkommener in der Lage, Levy und

Deutschland angeht. Man könnte sich von jeder Fortsetzung ab in Moskau machen, so erklärte der Nebenredner, nicht die in Berlin bewegen. Man könnte sich in Moskau machen, wenn man sich dem Exekutivkomitee billig ausgeliefert. Sein Verweis kann einen Schritt auf die Straße tun, ohne daß es dem Komitee gefällt und ohne daß die Kommunisten es nicht wüßten.

Beruhigung in Oberschlesien.

Berlin, 30. August. Ueber die Lage in Oberschlesien meldet der Korrespondent der DZfG, aus Katowitz: Ueberall in Pogonitz, Pohlitz, Gieschdorf, Emanuelsteden, Kaban. Arbeiter sind die Waffen mit einem Schläge verschunden. Ueberall sieht man nur noch Ordnung mit blauweißen Plinthen. Die Arbeiter der genannten Orte sind französische oder italienische Patrouille zu entdecken. Erst lang vor Mitternacht auf eine große Patrouille französischer Infanterie. In Pohlitz, wo erst das große Hauptquartier lag, befindet sich eine beträchtliche französische Garnison, die auch das fürstliche Schloss besetzt hält. Auch sonst bietet sich ein kritisches Bild.

Leipzig, 30. August. Die Aufstandsbebewegung hat sich plötzlich gelegt. Inneres und äußeres Leben wieder fast normal ab. Die Arbeit ist durchweg im Gange. Weshalb materiellen Schäden die August-Ergebnisse in Oberschlesien angedeutet haben, ist noch nicht zu übersehen, doch wird man mit außerordentlich hohen Zahlen rechnen müssen; fordern doch die Polen für ihren Schaden in Katowitz von der Stadt allein 6 Millionen Mark. Daß die Kohlenförderung außerordentlich beeinträchtigt worden ist, liegt bei der Dauer des Streiks und den Gewalttaten gegen die Arbeitsschlichter auf der Hand. Bei Ausbruch des Streiks am 19. August betrug der Verkauf 1.190.000 Tonnen Kohlen. Der Verkauf war am 20. August auf 75 v. H. gesunken, am 21. August auf 28 v. H., am 22. August auf 24 v. H., am 25. August auf 23 v. H. Am 30. August sind wieder langsam an zu steigen. Der Ausfall vom 20. bis zum 30. August beträgt rund 4.000.000 Tonnen. Die Wirkung dürfte in erster Linie die Eisenbahn treffen, weiterhin die Industrie, die Gas- und Elektrizitätswerke und vor allem die Zuderindustrie, die bis Ende September zwei Drittel ihres gesamten Bedarfs gebekt haben muß.

Die englischen Bergarbeiter für den Streik.

Amerikan, 30. August. (APB.) Allgemeines Handelsblatt zufolge wurden nach den letzten Berichten bei der Abstimmung der englischen Bergarbeiter 465.999 Stimmen für und 132.263 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Die Engländer sind noch nicht festgelegt.

Berlin, 31. August. Nach Meldungen aus England ist die englische Regierung, um einen Generalstreik der Bergarbeiter zu vermeiden, der für die Engländer der englischen Bergarbeiter entgegen zu kommen. Die Grundpläne sollen unverändert bleiben, aber die Arbeiter an jeder Erhöhung der Produktion prozentual beteiligt werden. Die Rolle des Vermittlers scheinen die Transportarbeiter übernehmen zu wollen.

Der kapitalistische Strzeg.

Die demokratische Frankfurter Zeitung nahm vor einigen Tagen zur wirtschaftlichen Lage Stellung unter der Überschrift: „Der Strzeg der Wirtschaft“. Der Artikel beginnt mit den Worten: „Das Barometer der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sinkt tiefer und tiefer. Statt Wiederaufbau und Gesundung, von der sozial gerecht und gediebrnen wird, ein Scheitern von Krise zu Krise. Statt Sammlung aller produktiven Kräfte zur Überwindung der gegenwärtigen Krise, ein unaufrichtliches Verfehlen der letzten Lebensstätte, eine Verlangsamung der Aufschwüngen, die bereits den Grenzen der Krise befristeten liegt.“

Auf ein Verständnis der wirtschaftlichen Gesundung wird dann mit folgenden Ausführungen hingewiesen: „Wir haben in der letzten Zeit wiederholt auf die übermäßige hohen Gewinne in der Wirtschaft hingewiesen, die sich in unaufrichtlichen Verfehlen der letzten Lebensstätte, eine Verlangsamung der Aufschwüngen, die bereits den Grenzen der Krise befristeten liegt.“

„Auf ein Verständnis der wirtschaftlichen Gesundung wird dann mit folgenden Ausführungen hingewiesen: „Wir haben in der letzten Zeit wiederholt auf die übermäßige hohen Gewinne in der Wirtschaft hingewiesen, die sich in unaufrichtlichen Verfehlen der letzten Lebensstätte, eine Verlangsamung der Aufschwüngen, die bereits den Grenzen der Krise befristeten liegt.“

„Auf ein Verständnis der wirtschaftlichen Gesundung wird dann mit folgenden Ausführungen hingewiesen: „Wir haben in der letzten Zeit wiederholt auf die übermäßige hohen Gewinne in der Wirtschaft hingewiesen, die sich in unaufrichtlichen Verfehlen der letzten Lebensstätte, eine Verlangsamung der Aufschwüngen, die bereits den Grenzen der Krise befristeten liegt.“

Ein rechtssozialistischer Polizeipräsident für die Prügelstrafe!

Während der Sitzung in Berlin war ein Bankrott namens Heberberg an der Ede. Chaussee und Inhabersstrafe von der Sicherheitspolizei — angeblich, wie er auf Anruf nicht sofort erschien — verhaftet und auf der Wache minutenlang mit Stoppelpfeilen geschlagen und sonst noch großartig mißhandelt worden. Der Mann mußte sich in ärztliche Behandlung begeben und beschwerte sich bei dem rechtssozialistischen Berliner Polizeipräsidenten. Dieser antwortete ihm unter dem 11. Mai 1920, nachdem er — natürlich! — auf Grund der einseitigen Angaben der beteiligten Beamten die Darstellung Heberbergs als falsch zurückgewiesen hatte, wie folgt:

„An Inbetracht der erregten Zeiten und der exponierten Stellung, welche die Wachen an der Chaussee und Inhabersstrafe innehaben, wo sie jeden Augenblick mit einem Arbeitsfall rechnen könnten, war es ihre Pflicht, gründlich durchzugreifen, und jedes Vergehen zu ahnden. Darum hatte der Wachhabende, nachdem ihm der Sachverhalt erzählt war und er den Heberberg auch wegen seines Verhaltens auf der Wache zurückgewiesen hatte, beschlossen, ihm acht Prügel mit einem Reiterstab zu verhängen, um das Vergehen zu bestrafen und ihn dann zu entlassen. In dieser Maßnahme war der Wachhabende berechtigt nach einem Befehl des damaligen Abteilungsmandaturs der Reichswehrbrigade XV, der die Sicherheitspolizei dort unterstellt war. In diesem Befehl wird bei leichten Vergehen und Dummheitsgründen zur Vernehmung und Verurteilung des Verurteilten ein Reiterstab angeordnet.“

„Am Schlusse des Schreibens werden dann die Beamten anweisen, in Zukunft von einem „berartigen“ Vergehen Abstand zu nehmen. Größliche Mißhandlungen und Verpeinlichung durch Polizeibeamte „zur Vermeidung unnötiger Färten.“

„Man sagt sich an den Kopf: leben wir in der „freien Republik der Welt“ oder in irgendeinem lausigen Dorf patriarchalischer Verwaltung? — Der damalige Abteilungsmandatur war damit Verantw. welche für den angelegenen Prügelstraf war der

berühmte Oberst Reichardt. Bei der Besatzung angedeutet, ob es noch, so daß er auch in künftigen „erregten Zeiten“ bestraft werden kann?

Geradezu ungenügend ist auch die Haltung des Berliner Polizeipräsidenten, der bei Verleumdung der Beamten einloch auf Grund des Befehls eines übergeordneten Abteilungsmandaturs nachträglich und nach einer Überlegungssache zum rumb sechs Wochen bestraft erklärt und damit keine weiteren bräutlichen Polizeipräsidenten freie Hand zu willkürlicher Behandlung freier Bürger gibt. Jedes weitere Wort der Kritik wäre zu schade. Was geschieht mit dem Verurteilten, der seine Schicksalstrenne nach seinem Untergehen durch Erlass von Prügelbefehlen Gelegenheit zur Ausübung seiner perversten Instinkte gibt, was geschieht mit dem Berliner Polizeipräsidenten, der bei der Verleumdung nachträglich billigt? Was sagen die Rechtssozialisten zu diesem ihrem famosen Parteigenossen, der sich als Stadtmeyer vermagt? Zuge entpuppt!

Notizen.

Die kommunistische Stadterhaltung von Belgien. Nach einer Mitteilung aus Belgien sollte die kommunistische Stadterhaltung am 28. August die Geschäfte übernehmen und dabei den linken Ede leisten. Da je vor Ablegung des Eides den kommunistischen Stabpunkt zu jeder Eideleistung barlagte, verbot der Minister der Innern, der in dieser Erklärung einen ungenügenden Vorbehalt sah, den Kommunisten die Übernahme der Geschäfte und die Eideleistung zu verweigern.

Munitionsschickungen in Oesterreich. Wien, 30. August. 30. August. Nach einem Radiogramm aus London hat der Vizepräsident Internationaler Arbeiterkongress die Munitionsschickungen von Oesterreich und Munitionsvorräten entkelt. Es sollen Waffen und Munition ins Ausland in großen Mengen verpackt worden sein.

Der Augenerfolg des Bürgermeisters von Corf. Paris, 30. August. Nach einem Radiogramm aus London hat der Vizepräsident Internationaler Arbeiterkongress die Munitionsschickungen von Oesterreich und Munitionsvorräten entkelt. Es sollen Waffen und Munition ins Ausland in großen Mengen verpackt worden sein.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

Fünfter Tag.

Kopenhagen, 24. August. Nach Eröffnung der Sitzung berichtet Schilde über die Ergebnisse des Zentralausflusses und schlägt in Anbetracht der durch den Krieg geschaffenen Lage die Verlegung des Eides des Zentralkomitees nach der Schweiz vor, um von dort aus in geeigneter Weise die Zusammenführung aller Zweige der Internationalen zu bewerkstelligen. Die Verlegung sei als eine vorläufige zu betrachten. Der Sekretär soll nunmehr ein Wort an die Seite gestellt werden, dessen Mitglieder dem Kongress gewählt werden sollen und dessen Zweck die engere Ausprägung der einzelnen Sektionen, sowie die Vorbereitung des nächsten Kongresses sein soll.

Der Sekretär Schöwenberg sagt, daß seine skandinavischen Freunde die Verlegung des Bundesbüros nach einem der skandinavischen Länder vorzuziehen.

Brandes-Deutschland beantragt namens seiner Freunde in der deutschen Delegation die Änderung des zweiten Paragraphen der Vorrede des Zentralkomitees, welcher behauptet, daß die Internationale zu helfen und den Kongress zu fördern, werden sollen, und bittet, den Wortlaut wie folgt zu lassen:

„Die Verwaltung des Bundes liegt einem Vorstand ob, der aus dem Bundessekretär und vier Mitgliedern besteht. Der Kongress bestimmt den Bundessekretär und die vier Länder, deren Organisationen je einen Vertreter in den Vorstand entsenden. Bei Verhinderung der vier Länder sind die verbleibenden Sektionen zu berücksichtigen.“

Er beantragt den Vorstand damit, daß der Bund eine Föderation und nicht eine Zentralisation sei, und darum müsse man auch den einzelnen angeschlossenen Organisationen das Recht belassen, selbst ihren Vertreter für den Vorstand zu benennen. Außerdem schlägt er vor, daß auch den skandinavischen Genossen ein Wort an die Seite gestellt werden sollte, weil ihnen aus dem geographisch günstigen Stand die Vermittlung mit dem Osten, eventuell auch mit England, leichter möglich sei.

Domes-Oesterreich bittet die Skandinavier, ihren Vorschlag zurückzuziehen und gibt zu erörtern, auch den Skawen einen Sitz im Vorstand freizulassen. Den Vorschlag Brandes hält er für unangehen.

Müller-Deutschland schlägt vor, den Vorstand aus fünf Mitgliedern zusammenzusetzen, wobei er die Vertreter des russischen, deutschen und skandinavischen Sprachgebietes vom Kongress bestimmt. Engländer und Skawen hingegen zur Vertretung ihrer Mitglieder aufgefordert werden sollen. Neben demselben Vorschlag Brandes' wird ein anderer von Müller-Deutschland gemacht.

Merxheim ergänzt den Vorschlag des Zentralkomitees dahin, daß bis 1. April 1921 der nächste Kongress einberufen werden muß. Schließlich erklärt Clauson-Schweden, daß die Skawen ihren Anspruch auf Sitzberlegung in ein skandinavisches Land zurückziehen, nachdem sie einen Delegierten im Vorstand entsenden wollten.

Nachdem eine Einigung über die Art der Ernennung der Mitglieder des Vorstandes, eine Lebensentscheidung nicht herbeizuführen war, beantragte Domes-Oesterreich eine kurze Vertagung des Kongresses, damit sich die Delegierten deutscher Junge noch einmal besprechen könnten.

Die Abstimmung über diesen Antrag vom Vorstehenden nicht zur Abstimmung gebracht; er ließ vielmehr über den Vorschlag des Zentralkomitees selbst abstimmen, wodurch die Deutschen überstimmt wurden. Darauf beantragte Dikmann-Deutschland die Beachtung des Paragraphen 15 des Bundesstatuts, das die Berücksichtigung der Organisationsstärke bei der Abstimmung verlangt.

Als man weißt, was er bei dem darauf hin, wenn man die Bundesstatuten heranzieht, seien die gestungen, auch von der Vergangenheit zu reden und erklärt, daß es Pflicht der Deutschen bei Abbruch des Kongresses gewesen wäre, das Sekretariat nach dem neutralen Ausland zu verlegen, um dessen Weiterfunktionieren zu ermöglichen.

Müller-Deutschland nimmt dieses Zwischenfall zum Anlaß, um Dikmann persönlich befragt anzufragen und unterstellt ihm die Pflicht, die Metallarbeiter-Internationalen sprengen zu wollen. Königings-Deutschland legt mit seinen Freunden entschieden die Bedingung gegen die Annahme Sammers ein.

Da man nicht die Angriffe ebenfalls auf entscheidende zurück. Wiederholtet Wortschlag der Oesterreicher tritt eine kurze Vertagung des Kongresses ein. Nach dessen Wiederaufhebung wird abgemittelt, daß der Vorstand aus dem Kongress gewählt wird und daß sich dieser aus vier Personen neben dem Sekretär zusammensetzen soll. Zum Schluß wird gewählt: A. G. Schwed; in den Vorstand: Dikmann für die Gebiete deutscher Sprache; Merxheim für die romanischen Sprachgebiete; Sanden-Kopenhagen für Skandinavien. England ließ aufgefordert werden, abgehend seinen Delegierten für den Vorstand namhaft zu machen. Die Franzosen bringen einen Antrag über den

Abschlusssatz

folgenden Wortlaut ein: Der 3. Internationale Metallarbeiterkongress stellt fest, daß in allen auf dem Kongress vertretenen Ländern der Arbeiterkämpfe und in der Weltbewegung festgelegt worden ist. Er erklärt, daß es die Pflicht der dem Bund angeschlossenen Länder ist, ihren Beitrag zu leisten, doch die im Besonderen der Internationalen Arbeiterkongress von Washington entwickelten Grundsätze vom 1. Juli 1921 in die Gesetzgebung aller Länder aufzunehmen werden.

